

Kopplungsprobleme zwischen Schule und Wirtschaft

Gerade in wirtschaftlich schwierigeren Zeiten erweist sich der Übergang von der Schule ins Berufsleben für viele Jugendliche als hinderreich. Auf der andern Seite beklagen sich die Wirtschaftsunternehmen, dass der Ausbildungsstand der SchulabgängerInnen nicht den Bedürfnissen der Arbeitswelt entspricht. Ein theorie-geleiteter Blick auf diese beiden Funktionssysteme zeigt, dass für diese Kopplungsprobleme keine einfachen Lösungen erwartbar sind.

MARTIN HAFEN*

Im Kanton Basel-Stadt gibt es eine grössere Anzahl von Arbeitgebern, die nach eigenem Bekunden grundsätzlich keine Lehrlinge aus der Stadt Basel einstellen, weil ihre schulischen Fähigkeiten

im Vergleich zu den benachbarten Kantonen zu schwach seien. Im Weiteren wird in Basel in verschiedenen Branchen von den SchülerInnen eine Aufnahmeprüfung für Schnupperlehren verlangt. Das bedeutet, dass die Jugendlichen für einen einwöchigen (!) Besuch einer Arbeitsstelle einen schriftlichen Test absolvieren und diesen in vielen Fällen auch noch selbst bezahlen müssen. Fallen sie bei diesem Test durch, erhalten sie den Schnupperlehrausweis für diese Berufssparte nicht.

Schuldzuweisungen

Diese beiden Beispiele zeigen stellvertretend für viele andere, dass es um die Kooperation zwischen dem Schulsystem und dem Wirtschaftssystem nicht zum Besten bestellt ist. Immer öfters resultieren aus diesen Kooperationsproblemen gegenseitige Schuldzuweisungen¹. «Die Schule» bildet die Kinder und Jugendlichen für die Bedürfnisse der Arbeitswelt zu wenig gut aus, und «die Wirtschaft» kümmert sich zu wenig um die Bedürfnisse gerade der schwächeren SchulabgängerInnen und stellt zu wenig Lehrstellen zur Verfügung. Doch mit diesen wechselseitigen Vorwürfen ist es nicht getan. Natürlich bekommen auch die Jugendlichen einiges zu hören und zwar von der Wirtschaft und in der Schule. Sie seien faul und hätten den Ernst der Situation nicht erkannt. Ebenfalls mit Vorwürfen überhäuft werden die Eltern. Sie kümmern sich zu wenig um die Zukunft ihrer Kinder und seien nicht ausreichend zu Kooperation mit der Schule bereit. Unnötig zu sagen, dass die Jugendlichen und ihre Familien die Vorwürfe an die Schule und die Wirtschaft bereitwillig zurückgeben und z.B. den enormen Leistungsdruck, die Sinnlosigkeit des Lernstoffs und die Rücksichtslosigkeit der Wirtschaftsbetriebe beklagen.

Wie kann die Situation verbessert werden?

Dass die Kooperation zwischen den beteiligten Systemen in diesem Klima wechselseitiger Schuldzuweisungen nicht optimal läuft, ist einfach zu verstehen. Die Frage ist, was getan werden kann, um die Zusammenarbeit dieser Systeme zu verbessern resp. die Reibungen zu verringern. In diesem Zusammenhang sind sicher alle Bemühungen zu begrüssen, welche den Diskurs von VertreterInnen der Schule, der Wirtschaft, aber auch der Politik fördern. Wie auch die Beispiele in diesem Heft belegen, geschieht dies in zunehmendem Mass. Trotz all dieser wertvollen Bemühungen ist aber nicht zu erwarten, dass die Kopplungsprobleme zwischen Schule und Wirtschaft wirklich nachhaltig behoben werden können, denn die jeweiligen Perspektiven und Bedürfnisse sind oft so unterschiedlich, dass sie kaum in Einklang zu bringen sind.

Eine weitere Möglichkeit, die Reibungen und die damit verbundenen Frustrationen zu reduzieren, könnte darin liegen, die wechselseitigen Erwartungen zu reduzieren. Vielleicht ist die Schule unter den gegebenen strukturellen Bedingungen ja gar nicht in der Lage, der Wirtschaft Jugendliche mit dem Ausbildungsstand bereit zu stellen, den die einzelnen Unternehmen für die optimale Erfüllung ihrer Aufgaben als notwendig erachten. Und vielleicht kann von der Wirtschaft gar nicht erwartet werden, dass sie allen jungen Menschen einen Ausbildungs- und Arbeitsplatz bietet, der erst noch den individuellen Stärken und Neigungen entspricht.

Als kleiner Beitrag zu einer veränderten Erwartungshaltung soll im Folgenden in Anlehnung an die Systemtheorie des deutschen Soziologen Niklas Luhmann² eine kurze Analyse der Systeme vorgenommen werden, die an

* Martin Hafen, Sozialarbeiter HFS und Soziologe lic. phil., Dozent an der Hochschule für Soziale Arbeit Luzern, Werftstr. 1, Postfach 3252, 6002 Luzern, Tel. 0041 +41 367 48 81, E-Mail: mhafen@hsa.fhz.ch, Web: www.fen.ch.

der Schnittstelle von Schule und Beruf von besonderer Bedeutung sind.

Wirtschaft als gesellschaftliches Funktionssystem

Die Wirtschaft kann mit Luhmann als gesellschaftliches Funktionssystem³ verstanden werden. Das Konzept der funktionalen Differenzierung geht davon aus, dass sich die (Welt-)Gesellschaft in der Moderne zunehmend in unterschiedliche Funktionsbereiche aufteilt, welche bestimmte Aufgaben als in sich geschlossene Systeme erfüllen. Nach Luhmann⁴ reguliert die Wirtschaft Knappheiten in einem Doppelkreislauf – die Knappheit von Gütern und Dienstleistungen auf der einen Seite und die Knappheit an Zahlungsmitteln auf der anderen – und erfüllt damit die Funktion der Bedürfnisbefriedigung. Diese Funktionserfüllung erfolgt autonom; das bedeutet, dass die Wirtschaft ihre Aufgaben nach ihren eigenen Massstäben (Strukturen) erfüllt und selbst bestimmt, ob und in welchem Mass sie sich durch andere Systeme beeinflussen lässt.

Das Beispiel der illegalen Suchtmittel (Drogen) eignet sich gut dazu, die Autonomie des Wirtschaftssystems zu dokumentieren: Seit nunmehr hundert Jahren versucht die Politik mit riesigem Aufwand, den Anbau (die Produktion), den Vertrieb und den Konsum von bestimmten Substanzen zu verbieten. Dabei gelingt es ihr nicht einmal ansatzweise, die zentrale wirtschaftliche Grundstruktur von Angebot und Nachfrage ausser Kraft zu setzen. Zwar stellt sich die Wirtschaft auf die veränderten Umweltbedingungen ein, aber nicht durch die erhoffte nachhaltige Reduktion des Angebots, sondern durch die Veränderung der Vertriebswege. Die erhöhten Risiken, welche die einzelnen Unternehmen (kriminelle Organisationen) im Umfeld dieses «Schwarzmarktes» zu tragen haben, werden durch erhöhte Preise ausgeglichen.

Die Wirtschaft und der Arbeitsmarkt

Die Autonomie der Wirtschaft zeigt sich nicht nur bei der Bereitstellung

von Gütern und Dienstleistungen, sondern auch bei der Gestaltung des Arbeitsmarktes. Die Wirtschaft ist für die Erfüllung ihrer Funktionen auf Arbeitskräfte angewiesen. Das bedeutet, dass sich die Zahl der Arbeitskräfte und die Erwartungen in Bezug auf ihre Ausbildung nach den Bedürfnissen der Wirtschaft richten. Gleichzeitig muss sich die Wirtschaft an den Systemen ihrer Umwelt orientieren – z.B. am Bildungssystem, welches unter anderem für die schulische Grundausbildung der ArbeitnehmerInnen zuständig ist, oder am politischen System, welches die rechtlichen Rahmenbedingungen für Anstellungsverhältnisse festlegt. Bei der Inklusion der Arbeitskräfte orientieren sich die Wirtschaftsunternehmen jedoch primär an ihren eigenen ökonomischen Strukturen. Wenn die Zahl der verfügbaren Arbeitskräfte sehr hoch ist (grosses Angebot), dann können es sich die Unternehmen eher erlauben, schlechtere Arbeitsbedingungen bereit zu stellen oder die Bedingungen für Lehrstellen zu verschärfen, als wenn ein Mangel an qualifizierten Arbeitskräften herrscht.



Um zu erreichen, dass die Wirtschaftsunternehmen in ihrem system-typischen Streben nach Profit die Arbeitskräfte nicht ausbeuten, versucht das politische System (inkl. der Gewerkschaften), die Wirtschaft zur Gestaltung von möglichst arbeitnehmerInnen-freundlichen Rahmenbedingungen zu bewegen. Diese Beeinflussungsversuche sind unverzichtbar, und doch wird immer wieder deutlich, dass sie nicht oder nur teilweise erfolgreich sind. Ein wichtiger Aspekt dabei ist, dass die Wirtschaft im Gegensatz zur (nationalen) Politik nicht an Staatsgrenzen gebunden ist und den Produktionsstandort ins Ausland verlegen kann, wenn die politisch-rechtlichen Rahmenbedingungen die Profiterwartungen zu stark einschränken. Ebenfalls von Bedeutung ist diese standortbezogenen Flexibilität, wenn durch die Verlegung der Produktion ins (z.B. osteuropäische oder asiatische) Ausland in grösserem Ausmass Lohnkosten eingespart werden können.

Fast alle Organisationen müssen ökonomisch denken

Wir haben bis hierhin primär von Wirtschaftsunternehmen gesprochen. In dieser Hinsicht ist zu betonen, dass Industriekonzerne und Dienstleistungsunternehmen eigenständige Organisationen darstellen und nicht einfach als Teilsysteme des Wirtschaftssystems gesehen werden können. Umgekehrt realisieren auch Organisationen wie Kirchen, Schulen oder Spitäler, die andern Funktionssystemen «zugeordnet» werden (dem Religions-, dem Bildungs- und dem Medizinsystem), wirtschaftliche Prozesse. Das bedeutet, dass sie in mehr oder weniger grossem Ausmass immer auch als Wirtschaftsorganisationen operieren. Wenn wir die Entwicklung in den letzten Jahrzehnten beobachten, dann stellen wir fest, dass die ökonomischen Prozesse auch in Organisationen des Bildungswesens oder der Sozialen Arbeit immer wichtiger werden und dass praktisch keine dieser Organisationen vor Strukturveränderungen verschont wird, die als «Qualitätsmanagement» oder «Organisationsentwicklung» lanciert werden und zum Ziel haben, die ökonomische Bilanz der Organisation zu verbessern. Dies geschieht bisweilen in einem so grossen Ausmass, dass die eigentlichen Funktionen der Organisationen (z. B.



die Bildung oder die Hilfeleistungen) zunehmend zur Nebensache verkommen.

In Hinblick auf unser Thema – die Kopplung Bildungs- und Wirtschaftssystem – ist entscheidend, dass Organisationen immer weniger in grossem Rahmen Aufgaben erfüllen können, die ihren ökonomischen Grundstrukturen zuwiderlaufen. Das bedeutet, dass die Organisationen nur sehr beschränkt dafür verantwortlich gemacht werden können, wenn nicht Arbeitsplätze und Lehrstellen zur Verfügung stehen. Natürlich kann die Politik versuchen, entsprechende Verordnungen zu erlassen, doch ihr Handlungsspielraum bleibt klein und der Erfolg ihrer Bemühungen auf lange Frist hinaus gering. Erst recht beschränkt ist der Einfluss moralischer Appelle, insbesondere weil diese Appelle nie an «die Wirtschaft», sondern immer nur an einzelne Unternehmen gerichtet werden können und sich diese Unternehmen meist nur dann beeinflussen lassen, wenn sie durch die Absatzchancen für ihre Produkte oder Dienstleistungen durch einen Imageverlust verschlechtert sehen.

Folgerungen für die Schule

Die Schule wird immer wieder und immer häufiger mit der Kritik konfrontiert, sie bilde die Jugendlichen für die Bedürfnisse nicht hinreichend aus⁵. Eine Folge davon ist, dass «Schraube angezogen» wird, damit die Jugendlichen endlich den «Ernst der Situation» erfassen. Mit dieser Argumentation wird der Eindruck erweckt, dass die unbefriedigende Situation im Bereich der Lehrstellen oder der Arbeitsstellen für Schul- und StudienabgängerInnen mit deren Engagement zusammenhänge. Die Schuld für die Erfolglosigkeit in der Schule und die Schwierigkeiten beim Eintritt ins Erwerbsleben wird damit den einzelnen SchülerInnen und ihren Familien zugewiesen – mit massiven Konsequenzen für die individuelle Entwicklung und (gesamtgemeinschaftlich gesehen) in den meisten Fällen zu Unrecht. Anders als dies gemeinhin suggeriert wird, entstehen durch den erhöhten Selektionsdruck der Schule und durch die gesteigerten Bemühungen der SchülerInnen nämlich weder neue Lehrstellen noch zusätzliche Arbeitsplätze.

Das Einzige was das Individuum mit seinem Streben nach besseren Noten

erreichen kann, ist eine Verbesserung der persönlichen Berufschancen auf Kosten anderer. Das ist legitim. Ob es der Volkswirtschaft viel nützt, ist zu bestreiten. Zwar mögen sich die «fleissigen» Jugendlichen mehr Sachwissen erarbeiten; inwiefern sie dieses Sachwissen im Berufsleben dann nutzen können, ist oft unklar. Auf der andern Seite verschärft sich durch den steigenden Notendruck die Konkurrenz unter den SchülerInnen; soziale Kompetenzen wie Kooperations- und Problemlösungsfähigkeit werden dadurch eher behindert als gefördert. Die Kompetenzerwartungen der Wirtschaftsorganisationen sind ohnehin nicht klar einzuordnen: Auf der einen Seite werden die erwähnten und andere Sozialkompetenzen immer wieder als unabdingbar für eine erfolgreiche Berufstätigkeit bewertet, auf der andern Seite kommen als Selektionskriterien

(z.B. in den firmeninternen Aufnahmetests) letztendlich meistens Aspekte von schulischem Wissen zum Tragen – nicht zuletzt weil das Fachwissen einfacher bewertet (benotet) werden kann, als die kaum erfassbaren «sozialen Kompetenzen». Insofern liegt die Vermutung nahe, dass die immer öfters geforderten Eignungstests für Lehrstellen und Schnupperlehren nur in zweiter Linie die Funktion haben, die am besten geeigneten (allenfalls die fleissigsten) KandidatInnen zu eruieren. In erster Linie geht es wohl darum, die Entscheidungen für die Zuteilung der Lehrstellen innerhalb der Organisation zu legitimieren, und das ist bei eindeutig bewertbaren schulischen Fähigkeiten wie Mathematik einfacher als bei den hoch komplexen «sozialen» Kompetenzen wie Teamfähigkeit, Problemlösekompetenz oder Kreativität. Leider ist es ökonomisch



kaum kalkulierbar, welcher Nutzen den Unternehmen dadurch verloren geht, dass sie das schulische Wissen in ihren Selektionsprozessen so hoch gewichten.

Mehr Selbstbewusstsein

In dieser unklaren Situation bezüglich des Übertritts von der Schule ins Erwerbsleben ist die Schule gut beraten, sich weniger an den Forderungen aus ihrer Umwelt zu orientieren, als an ihren eigenen pädagogischen Prinzipien. Zwar ist unbestritten, dass das Schulsystem selbst immer auch als Selektionsinstanz für das Berufsleben fungiert. Es gibt aber gute Gründe dafür, dass die Schule die eigenen Selektionskriterien mit mehr Selbstbewusstsein festlegen und verfolgen sollte. Immerhin ist sie nicht nur für die Selektion in Hinblick auf Karrierechancen zu-

ständig, sondern auch (und immer mehr) für die umfassende Erziehung der Schüler und Schülerinnen. In anderen Worten: Die Schule beeinflusst nicht nur die Inklusionsfähigkeit in Hinblick auf die Erwerbsarbeit, sondern auch die Inklusionschancen in andere soziale Systeme, denn die Jugendlichen sollen ja nicht nur zu kompetenten Berufsleuten ausgebildet, sondern zu eigenverantwortlichen, vollwertigen Mitgliedern der Gesellschaft erzogen werden.

Es wird schnell deutlich, dass den erwähnten (und weiteren) «sozialen» Kompetenzen aus diesem Blickwinkel weit mehr Bedeutung zukommt, als diejenige, die ihnen durch die Wirtschaftsunternehmen zugeschrieben wird. Auf der andern Seite zeigt sich die Kontinenz (das Auch-anders-möglich-Sein) des Fachwissens, auf das in der Schule (zumindest im deutschsprachigen Eu-

ropa) immer noch so grosses Gewicht gelegt wird. Angesichts der sich ständig vermehrenden Wissensbestände müsste das absolut notwendige Basiswissen auf einen Grundstock an Schreib-, Lese-, Sprach- und Rechenkompetenz beschränkt sein und im Übrigen in erster Linie das Lernen des Lernens geschult werden und dabei insbesondere die Fähigkeit, das Erlernete mit andern Wissensbeständen zu verknüpfen. Nicht Auswendiglernen ist gefragt, sondern die Fähigkeit, Probleme formulieren zu können und in Kooperation mit andern nach Lösungsmöglichkeiten zu suchen.

Die Grenzen der Schulentwicklung

In ihrer Abhängigkeit von staatlichen Finanzen sind die einzelnen Schulen natürlich noch mehr von den politischen Prozessen abhängig als die Wirtschaftsunternehmen. Die Pisa-Studie⁶ zeigt, dass die Schulleistungen nicht nur von den Lerninhalten und methodischen Zugängen (z.B. Projektarbeit vs. Frontalunterricht) abhängen, sondern auch von strukturellen Rahmenbedingungen wie der Ausbildung der Lehrkräfte, Klassengrössen, Tagesschulstrukturen und insbesondere der Selektionsrichtlinien. Die Geschichte der Schulreformen (Stichwort: Reformpädagogik⁷) dokumentiert, wie schwierig es ist, die politischen Prozesse im Sinne der Entwicklung zu einer Schule zu beeinflussen, die für die Kinder sowohl Lern- als auch Lebensort darstellt.

Trotzdem: Reduziert man die Funktion der Schule nicht auf Vorbereitung auf das Erwerbsleben, sondern auf das Erwachsensein ganz allgemein, wird schnell deutlich, dass die leistungsschwächeren Schüler und Schülerinnen in diesem Lebensort nicht an den Rand gedrängt werden dürfen. Das ist kein Plädoyer für die Abschaffung von Noten. Es ist ein Votum dafür, die Noten nicht in erster Linie als Messfaktor für das individuelle Leistungsvermögen der Kinder und Jugendlichen zu verstehen, sondern vor allem als Messfaktor für das Leistungsvermögen des Systems. Ein weiteres, damit verbundenes Ziel wäre, Stützmassnahmen nicht mit der Ausgliederung der betroffenen SchülerInnen (z.B. in Kleinklassen) zu verbinden, sondern sie mit verstärkten Integrationsbemühungen zu koppeln





und die endgültigen Selektionsprozesse möglichst spät einsetzen zu lassen. Das finnische Schulsystem zeigt, dass dieser Weg erstens nicht teurer ist und sich zweitens auch leistungsmässig positiv auswirkt.⁸ Kaum abzuschätzen ist zudem, welche Folgekosten dadurch vermieden werden, dass die Kinder und Jugendlichen ihre Schulzeit im Durchschnitt deutlich positiver erleben, als in einem schon sehr früh auf Selektion ausgerichteten Schulsystem, in welchem sie spätestens nach der Grundschule einem enormen Leistungsdruck mit all

seinen Folgen (Suchtprobleme, Gewalt, psychische Krankheiten etc.) ausgesetzt sind.

Ein Fazit

Fassen wir zusammen: Wenn wir das Wirtschaftssystem als global operierendes, autonomes System betrachten, müssen wir davon ausgehen, dass die Wirtschaft ihre Prozesse auf die Hauptfunktion der Regulierung von Knappheiten ausrichtet. Wir können daher nicht erwarten, dass die Wirtschafts-

unternehmen aus «ethischer» Verpflichtung Arbeitsplätze und Lehrstellen zur Verfügung stellen, wenn sie diese selbst nicht brauchen.⁹ Die Resultate dieses von aussen kaum steuerbaren Operationsprinzips bekommen wir über die Massenmedien beinahe täglich vor Augen geführt: Arbeitsstellen werden nicht nur bei finanziellen Schwierigkeiten abgebaut, sondern immer mehr auch dann, wenn Unternehmen Profite schreiben – quasi präventiv zur Sicherung der Konkurrenzfähigkeit resp. zur Befriedigung der

Aktionäre¹⁰. Die Rede von der Sicherung der Arbeitsplätze wird damit in doppelter Hinsicht inhaltsleer: Als politische Forderung an die Unternehmen zielt sie am Operationsprinzip der Wirtschaft vorbei, und als Argument der Wirtschaftsunternehmen bezweckt sie in der Regel nichts anderes, als die Beschaffung von Vorteilen (tiefere Steuern, Bauen in Landwirtschaftszonen, längere Ladenöffnungszeiten) für die Profitsicherung argumentativ zu unterstützen.

Obwohl immer auch neue Arbeitsplätze geschaffen werden (was in den Massenmedien im Übrigen kaum Erwähnung findet), müssen wir uns angesichts des allgemeinen Zwangs zur Konkurrenzfähigkeit im globalen Wettbewerb auch in unseren Breiten wohl auf eine Gesellschaft einstellen, in der immer mehr Menschen keiner bezahlten Erwerbstätigkeit nachgehen können – erstens, weil sie keine Stelle finden und zweitens, weil sie dem Leistungsdruck nicht mehr Stand halten können, der durch die Rationalisierung der Arbeitsprozesse unablässig ansteigt. Die neuesten Gesundheitsbefragungen, die Zahlen der Invaliden- und der Arbeitslosenversicherung und die Sozialhilfestatistiken deuten darauf hin, dass die immensen sozialpolitischen Herausforderungen, die sich in der Gegenwart aus dieser Situation ergeben, in den kommenden Jahren noch zunehmen werden.

Abschliessende Bemerkungen

Was bedeutet dies nun für den Übergang von der Schule ins Erwerbsleben? Da eine umfassende sozialpolitische Lösung dieser hoch komplexen Problemstellungen wenig wahrscheinlich ist, sollte zuerst betont werden, wie wichtig die kleinräumigen kooperationsfördernden Massnahmen sind, die in letzter Zeit wieder an Bedeutung gewinnen. In diesem Sinn ist es nur zu begrüssen, wenn lokale Gewerbetreibende, Schulverantwortliche und politische Entscheidungsträger zusammen nach Wegen zur Verbesserung der (resp. ihrer) Situation suchen und Programme durchgeführt werden, welche den Übergang von der Ausbildung ins Erwerbsleben unterstützen. Angesichts der Tatsache, dass diese kleinräumigen Bemühungen für sich zwar wertvoll sind, jedoch die globale Entwicklung des Wirtschaftssystems kaum zu be-

einflussen vermögen, ist die Schule gut beraten, sich weniger an den (oft unklar formulierten) Forderungen der Wirtschaft zu orientieren als an ihrer Funktion, die Kinder und Jugendlichen umfassend auf das Leben als Erwachsene vorzubereiten – ein Leben, das immer mehr auch mit Erwerbslosigkeit verbunden sein kann. Der auch in der Schule laufend steigende Leistungsdruck bietet hier keine Hilfe. Er verbessert zwar die Chancen der leistungsstärkeren SchülerInnen im Arbeitsmarkt, andererseits schafft er wie gezeigt keine neuen Lehrstellen und Arbeitsplätze und erschwert das Aufwachsen im Lern- und Lebensort Schule.

Wir dürfen nicht vergessen: Die Schüler und Schülerinnen, welche die im Schulsystem geforderten Leistungen (aus was für Gründen auch immer) nicht erbringen können, verschwinden durch die Selektionsprozesse genau so wenig aus der Gesellschaft wie die Arbeitslosen und «Ausgesteuerten¹¹». Die zentrale Aufgabe der Zukunft wird nicht nur sein, diesen Menschen finanziell ein würdiges Auskommen zu sichern; vielmehr wird es darum gehen, ein neues Verhältnis zur Erwerbstätigkeit zu finden. Dazu wird gehören, die Erwerbslosen nicht als Versager zu betrachten, die dem Leistungsdruck nicht Stand halten, sondern als vollwertige und unverzichtbare Mitglieder unserer Gesellschaft. Die in dieser Hinsicht zentrale systemtheoretische Unterscheidung ist diejenige von Sozialstruktur und Semantik¹²: Wenn die gewünschten Veränderungen (Erwerbsarbeit für alle) auf struktureller Ebene nicht realisierbar sind, dann besteht immer noch die Möglichkeit, die gesellschaftliche Beschreibung (Semantik) der Erwerbsarbeit resp. der Erwerbslosigkeit gegenüber zu verändern. Dies wiederum wirkt sich positiv auf die Betroffenen aus, denn oft ist kaum benennbar, was schwerer zu ertragen ist (und kränker macht): die Erwerbslosigkeit oder die soziale Ächtung, die mit Erwerbslosigkeit verbunden ist. Wenn die Schule das entsprechende Selbstbewusstsein entwickelt und dabei so weit wie möglich durch die Politik unterstützt wird, dann kann sie in diesem Prozess zu einer veränderten gesellschaftlichen Einstellung gegenüber der Erwerbsarbeit und Erwerbslosigkeit eine entscheidende Vorreiterrolle einnehmen. ■

Literatur:

- **Hafen, Martin, 2003:** Kann die Soziale Arbeit die Probleme der Schule lösen? In: SuchtMagazin 2/03: 3-13
- **Luhmann, Niklas, 1994:** Soziale Systeme. 4. Auflage. Frankfurt am Main
- **Luhmann, Niklas, 1994b:** Die Wirtschaft der Gesellschaft. Frankfurt am Main
- **Luhmann, Niklas, 1997:** Gesellschaft der Gesellschaft. Frankfurt am Main
- **Luhmann, Niklas, 1998:** Gesellschaftliche Struktur und semantische Tradition. In: ders., 1998 (1980): Gesellschaftsstruktur und Semantik. Bd. 1. 2. Auflage. Frankfurt am Main: 9-71
- **Rüeggsegger, Ruedi, 1997:** Garantiert Reformpädagogik Schulqualität? In: Grossenbacher, Silvia; Herzog, Walter; Hochstrasser, Franz; Rüeggsegger, Ruedi (Hrsg.), 1997: Schule und Soziale Arbeit in gefährdeter Gesellschaft. Bern/Stuttgart/Wien: 243-258

Fussnoten

- ¹ Vgl. dazu auch Hafen (2003)
- ² Vgl. dazu grundlegend Luhmann (1994).
- ³ Vgl. zu den Funktionssystemen und zum Konzept der funktionalen Ausdifferenzierung Luhmann (1997: 707ff.)
- ⁴ 1994b: 131ff.
- ⁵ Vgl. dazu u.a. den Text von Urs Moser in diesem Heft.
- ⁶ PISA = Programme for International Student Assessment. Es handelt sich dabei um eine umfassende Untersuchung in den Fachbereichen Lebenskompetenz, mathematische Grundbildung und naturwissenschaftliche Grundbildung.
- ⁷ Vgl. dazu u.a. Rüeggsegger (1997).
- ⁸ Das bedeutet nicht, dass das erfolgreiche finnische Schulsystem einfach auf andere Staaten übertragen werden kann, denn die Rahmenbedingungen sind immer mehr oder weniger unterschiedlich gestaltet. So haben die deutschsprachigen Regionen Europas z. B. eine andere Immigrationsituation als Finnland. Die These ist aber doch, dass die Probleme, die sich daraus für die Schule ergeben, mit einem auf Integration ausgerichteten System besser zu bewältigen sind, als mit einer stark selektiven, auf Ausgliederung ausgerichteten Schule.
- ⁹ Das schliesst natürlich nicht aus, dass einzelne Unternehmen so etwas wie «soziale Verantwortung» übernehmen und mehr Lehrstellen als für sie notwendig einstellen oder Arbeitskräfte mit einer Behinderung beschäftigen. Trotzdem sind auch diese «sozialen» Arbeitgeber darauf angewiesen, konkurrenzfähig zu sein.
- ¹⁰ Fast zynisch wirkt die bisweilen zu vernehmende paradoxe Argumentation, dass der (gegenwärtige) Abbau von Arbeitsplätzen der (zukünftigen) Sicherung von Arbeitsplätzen diene. Ökonomisch mag das korrekt formuliert sein, nur steht nicht die Sicherung der Arbeitsplätze im Vordergrund der Rationalisierungsmassnahmen. Dieses Argument wird nur zur moralischen Rechtfertigung eingesetzt. Wenn eine Firma ihre Funktion auch durch billigere Maschinen erfüllen kann, dann wird sie die Arbeitskräfte durch Maschinen ersetzen – nicht zuletzt, weil sie dem Konkurrenzdruck anderer Unternehmen ausgesetzt ist.
- ¹¹ Für unsere deutschen und österreichischen LeserInnen: «Ausgesteuerte» sind Personen, deren Anspruch auf die Arbeitslosenversicherung erloschen ist und die in der Folge von der Sozialhilfe und/oder der Invalidenversicherung abhängig sind. Sie erscheinen in keiner Arbeitslosenstatistik, obwohl viele von ihnen bereit wären, einer Erwerbstätigkeit nachzugehen, wenn sie eine entsprechende Stelle hätten.
- ¹² Luhmann, 1998